

# Sattler-Zeitung

Nr. 6.

Berlin, den 23. März 1901.

15. Jahrg.

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends.  
Bezugspreis 60 Pfg. pro Vierteljahr durch  
die Post (Post-Liste Nr. 6519)  
80 Pfg. bei Rufendung unter Streifband.

Redaktion und Verlag:  
Joh. Sassenbach, Berlin S.O., Engel-Ufer 15.  
Fernsprech-Nummer: Amt VII, 788.

Inserate die 8 gespaltene Nonpareille-  
Zeile 20 Pfg.;  
bei Wiederholungen bedeutende  
Ermäßigung.

## Inhalt.

**Cheres Brod.** — Kontrollbücher. — Entscheidungen des Berliner Gewerbe-  
gerichts. — Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. — Agitations-  
Konferenz der Agitations-Bezirke Provinz Sachsen und Thüringen. — Streiks und  
Lohnbewegungen. — Vereinsstell. — Ausgrabungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

## Achtung! Kollegen! Achtung!

Zureisende Kollegen haben sich vor Annahme von  
Arbeit bei dem betr. Vertrauensmann zu erkundigen ob  
und wo am Orte gestreikt wird resp. ob eine Werkstelle  
gesperrt ist.

### Ausgebrochene Streiks.

**Berlin.** Geschirz- und Sattelmacher bei der Firma Gustav  
Reinhard, Laubstr. 44/45.

**Saks.** Geschirzfabrik.

### Streiks in Aussicht, daher Bezug fernhalten.

**Berlin.** Geschirzfabrik.

### Gesperrte Werkstellen:

**Offenbach a. M.** Die Täschner-Werkstellen Ph. Knipp,  
S. Mayer und E. Gottlieb.

**Osterrreich. Wien.** R. I. Hofwagenfabrik von Carl Marius,  
VIII, Alberggasse 17.

**Salzburg.** Memerwerkstatt Einsmann.

Näheres siehe Berichte.

## Cheres Brod.

Unsere Agrarier arbeiten mit Hochdruck darauf hin,  
den Arbeitern die Früchte, die sie durch ihre Organisationen  
und Lohnbewegungen in den letzten Jahren geerntet haben,  
wieder zu entreißen. Man möchte das, was die Arbeiter-  
familie am meisten braucht, das Brod, ganz bedeutend ver-  
theuern und dasjenige, was so den Arbeitern abgepreßt  
wird, soll in die Taschen der großen Grundbesitzer fließen,  
damit diesen auf Kosten der breiten Masse des Volkes die  
Möglichkeit gegeben wird, sorgenlos und standesgemäß zu  
leben.

Durch eine Erhöhung der jetzt bestehenden Zollsätze  
will man den Preis des Getreides in die Höhe treiben.

Bis 1880 ging in Deutschland das Korn zollfrei ein,  
von da ab wurden 1 Mk. pro Doppelzentner, seit 1885  
3 Mk. für Roggen und Weizen, 1887 5 Mk. erhoben.  
Die Verhandlungen des Grafen Caprivi mit Oesterreich  
führten 1891 trotz heftiger Agitation der Sunter zur An-  
nahme eines Handelsvertrages, welcher den Zollsatz auf  
3,50 Mk. festsetzte.

Was man jetzt fordern will, darüber sind sich die  
Herren Agrarier noch selbst nicht einig, am meisten hört  
man die Forderung nach einem Zollsatz von 8 Mk.; einige  
Schreier gehen noch darüber hinaus. Jedenfalls ist es  
sicher, daß man herauszuschlagen versucht, was nur irgend  
möglich ist.

Jeder höhere Zollsatz für ausländisches Getreide und  
die damit bedingte Preissteigerung des inländischen Getreides

bedeutet für den Arbeiter eine Verschlechterung seiner Lebens-  
lage um ein Beträchtliches. Daß der Zoll nicht nur den  
Preis des ausländischen, sondern auch den des inländischen  
Getreides erhöht, beweisen die amtlichen Notirungen der  
Getreidepreise, nach denen Weizen in den Jahren 1896—1898  
in Preußen 29,1, 23,2 und 25,0 Mk. pro 10 Doppelzentner  
mehr kostete als in England, und der Roggen im 4. Quartal  
1899 in Berlin 147,7 Mk., in Wien 119,6 Mk., in Buda-  
pest 106,8 Mk., in Petersburg 100,9 Mk. und in Paris  
113,4 Mk. kostete, also in Berlin 28,1 Mk. bis 46,8 Mk.  
pro 10 Doppelzentner mehr als im Auslande.

Die Höhe des Betrages, welchen eine Arbeiterfamilie  
für den Kornzoll zu entrichten hat, läßt sich nach Folgendem  
feststellen.

Nach den Feststellungen des Kaiserl. Statist. Amtes  
in Berlin betrug der Verbrauch an Brodgetreide im Durch-  
schnitt pro Kopf der Bevölkerung 1898/99 402 Pfund,  
also für eine vierköpfige Familie 1608 Pfund. Nicht ein-  
gerechnet ist das Futtermittel, mit dessen Hinzunahme sich  
die obige Durchschnittsziffer auf 481 Pfund steigern würde.  
Für diese 402 Pfund hatte jeder Einwohner bisher 7,03 Mk.,  
die vierköpfige Arbeiterfamilie also 28,14 Mk. an Zoll zu  
entrichten. Dieser letzte Betrag von 28,14 Mk. würde sich  
erhöhen bei einem Zoll von 6 Mk. auf 48,24 Mk. bei  
7 Mk. auf 56,28 Mk., bei 8 Mk. auf 64,32 Mk., bei einem  
Zoll von 10 Mk. auf 80,40 Mk., also eine Brodvertheuerung  
von 20,12 Mk. bis 52,28 Mk. pro Jahr; eine Mehraus-  
gabe von 40 Pfg. bis 1 Mk. pro Woche würde eine ver-  
äglich Erhöhung der Zölle bedeuten. Hierbei würde es  
aber nicht bleiben, denn erfahrungsgemäß zieht eine Erhöhung  
des Getreidepreises eine Erhöhung sämtlicher Lebensmittel-  
preise nach sich.

Regierung und Agrarier scheinen bereits einig zu sein,  
den armen Großgrundbesitzern auf Kosten der Arbeiter und  
der breiten Masse des Volkes zu helfen. Es wäre auch  
schade, wenn die hochgeborenen Herren nicht mehr im Stande  
sein sollten, Wallerddamen auszuhalten, Champagnerpfropfen  
nallen zu lassen und in einer Nacht Laufende zu ver-  
spielen, mag lieber der Arbeiter seine Anforderungen an das  
Leben bescheidener gestalten.

## Kontrollbücher.

Unsere Innungsghelden sind eifrig bestrebt, die Gesellen wieder  
zu guten, braven Menschen zu machen und möchten am liebsten  
das alte patriarchalische Verhältnis wieder einführen, daß der  
Geselle ohne Zustimmung des Meisters nicht einmal „Bäh“ sagen  
darf. Daß jeder Arbeiter gesetzlich gezwungen sein soll, ein Arbeits-  
buch zu führen, ist schon oft vergeblich beantragt worden.

Nunmehr möchte man sich aus eigener Kraft helfen und den  
Gesellen von Innungswegen ein Arbeitsbuch aufzwingen. Den  
ersten dahingehenden Versuch hat die Berliner Tischler-Zwangs-  
innung unternommen und die andern Berliner Innungen standen  
schon auf dem Sprunge, diese neue Arbeiterbegünstigung nachzumachen.  
Dem hat nun für Berlin die Gewerbe-Deputation des Magistrates  
einen Riegel vorgeschoben. Der Tischler-Innung ist folgendes  
Schreiben zugegangen:



Nr. 108; Kammer 8 vom 20. Januar 1900, Nr. 991/99. — Wohl aber wird Wegbleiben trotz Verbotes oder wiederholtes Wegbleiben ohne Genehmigung Entlassungsgrund sein. Der Zweck des Wegbleibens entschuldigt das unerlaubte Fehlen in der Regel nicht; zum Auffuchen eines neuen Arbeitsverhältnisses muß jedoch der Arbeitgeber auf Angeben innerhalb der Kündigungsfrist Zeit gewähren (§ 629 B. G. B.).

11. Fehlen am 1. Mal unter Umständen, die auf ein Einverständnis des Meisters schließen lassen (Kammer 8 vom 2. Juni 1899).

12. Fortgesetzte mangelhafte Arbeit trotz Erinnerungen: Es fehlt der Nachweis, daß der Arbeiter absichtlich und obwohl er zu besserer Arbeit fähig war, schlecht gearbeitet hat (Kammer 8 vom 20. September 1900, und öfter). — Desgl. nicht: mehrmaliges Mißlingen eines Backversuches, zu dessen erfolgreicher Ausführung der Bäckergefelle sich selbst angeboten (Kammer 6 vom 29. September 1900).

14. Einmalige Arbeitsverweigerung: es muß eine fortgesetzte sein (Kammer 6 vom 3. Februar 1899, „Soz. Prax.“ IX, Spalte 49).

15. Verzögerung einer eiligen Arbeit (Ausfahren von Frühlück) um 3 bis 4 Minuten trotz wiederholter Mahnung: es liegt noch keine beharrliche, d. h. dauernde Verweigerung vor. Im fraglichen Fall war außerdem der Ausfahrer eben erst von einer Tour ermüdet zurückgekehrt, so daß auch der Nachweis der Evidenz fehlte (Kammer 6 vom 22. September 1900).

16. Selbst beharrliche Verweigerung einer Arbeit, sofern dem Arbeiter aus besonderen Gründen, z. B. wegen Ueberanstrengung, die Leistung nicht mehr zuzumuten werden kann (Kammer 8 vom 18. Januar 1900, Nr. 973/99). — Ähnlich: die beharrliche Verweigerung eines Hausdierers, den sonst von ihm allein gezogenen Handwagen auch bei Glätte und starkem Schneefall ohne Hülfe zu ziehen (Nr. 984/99, R. 8).

17. Wiederholtes spätes nächtliches Nachhausekommen des beim Meister wohnenden Gesellen: da eine bestimmte Zeit im Arbeitsvertrage nicht vorgesehen, handelt es sich nicht um eine dem Gesellen obliegende Verpflichtung (Kammer 6 vom 28. Oktober 1898, „Soz. Prax.“ IX, Sp. 780). — Ähnlich: Unterhaltung mit dem Portier des Arbeitgebers während der Arbeitspausen trotz Verbotes (Kammer 8 vom 20. August 1900, Nr. 586) oder anonyme Beschwörung über Vorgesetzte (Kammer 8 vom 21. Juli 1900, Nr. 544) oder Verlassen der Werkstätte während der Arbeitspausen trotz Verbotes (Kammer 5 vom 20. März 1900, Nr. 902); Solche Unterlassungen müssen im Arbeitsvertrage besonders ausbedungen werden; an sich gehören sie nicht zu den dem Arbeiter obliegenden Verpflichtungen.

18. Beharrliche Verweigerung solcher Arbeiten, die im Arbeitsvertrage nicht übernommen worden, z. B. Weigerung eines Monteurs, Materialien zur Arbeitsstelle zu farnen (Kammer 5 vom 9. Mai 1900, Nr. 498).

19. Ablehnung des Verlangens des Arbeitgebers, der Arbeiter solle während der Kündigungsfrist nicht mehr arbeiten, sondern nur noch still in der Werkstätte sitzen oder sich mehrmals täglich im Komptoir melden: Ein derartiges Verlangen gehört nicht zu den Obliegenheiten des „zum Arbeiten“ angenommenen Arbeiters (Kammer 1 vom 26. November 1898, „Soz. Prax.“ VIII, Sp. 1038; Kammer 6 vom 18. August 1899, „Soz. Prax.“ IX, Sp. 181; Kammer 8, Nr. 781/99).

(Zu § 128 Nr. 5.)

20. Die Äußerung eines Arbeiters in Bezug auf einen Expedienten des Arbeitgebers: „von solchem Affen lasse er sich nichts gefallen“; es handelt sich nur um eine einfache wörtliche Beleidigung, während nur grobe, schwere Beleidigungen Entlassungsgrund sind; auch war der Expedient nicht „Vertreter“ des Arbeitgebers, da ihm die Autorität des Letzteren nicht zuzum (Kammer 8 vom 22. September 1900).

21. Grobe Beleidigungen, welche durch Ehrenkränkungen seitens des Arbeitgebers provokiert sind (Kammer 1 vom 30. April 1898, „Soz. Prax.“ VIII, Sp. 1198; Kammer 5 vom 11. Juli 1900, Nr. 690).

(Zu § 123 Nr. 6.)

22. Die absichtliche Zerstörung gebrauchter Kartons seitens des Arbeiters: keine vorsätzliche und rechtswidrige Sachbeschädigung, da ein derartiges Verfahren im Geschäft üblich war, mithin das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit fehlte (Unger, Nr. 101, III).

(Zu § 128 Nr. 7.)

23. Der Versuch, einen Mitarbeiter zu verleiten, das Arbeitsverhältnis bei dem bisherigen Arbeitgeber zu lösen; rechtmäßige Arbeitsniederlegung verleiht weder gegen die Befehle noch gegen die guten Sitten (Kammer 5 vom 28. Februar 1900). — Dagegen würde eine Verleitung zu Streik oder Kontraktbruch als Entlassungsgrund in Betracht kommen können.

(Zu § 123 Nr. 8.)

24. Arbeitsunfähigkeit infolge ganz vorübergehender Trunkenheit, namentlich wenn die Entlassung erst nach Wiedereintritt der Arbeitsfähigkeit erfolgt: denn nur so lange die Arbeitsunfähigkeit besteht, ist sie Entlassungsgrund (Kammer 4 vom 5. März 1900, Nr. 1092/99, und öfter); auch ist eine ganz kurze Störung der Arbeitsfähigkeit noch nicht Arbeitsunfähigkeit im Sinne des Gesetzes (Kammer 5 vom 9. Mai 1899). Dagegen rechtfertigt wiederholte

Trunkenheit die Entlassung aus § 123 Nr. 2 (Ueberlicher Lebenswandel).

25. Schlafen während der Arbeitszeit: ist an sich weder als Arbeitsunfähigkeit noch als Arbeitsverweigerung aufzufassen (Unger, Nr. 92; Kammer 8 vom 31. Oktober 1898, Kammer 5 vom 9. Mai 1899, Nr. 408). Ersteres ist es nur, wenn das Schlafen sich öfter wiederholt und als krankhafte Störung angesehen werden muß; letzteres nur, wenn in wiederholtem Schlafen die Absicht hervortritt, den Vorschriften des Arbeitgebers entgegen zu handeln.

Die mitgetheilten Fälle zeigen, sagt Sch., daß man im Allgemeinen mit den Gründen des § 128 Gewerbeordnung auskommen kann; denn nur die wenigsten der angeführten Thatbestände würden bei freierem richterlichen Ermessen einen „wichtigen“ Grund zur Entlassung bilden. Andererseits erklärt Sch., daß es sich umangenehm fühlbar macht, daß bei gewissen Straftaten (z. B. Diebstahlsversuch, Urkundenfälschung, Mißhandlung von Mitarbeitern oder Begehung unethischer Handlungen mit solchen) der § 128 versagt. Deshalb sowohl, wie um Uebereinstimmung mit den Vorschriften des Bürgerlichen und des Handelsgesetzbuches zu erzielen, wäre es wünschenswert gewesen, wenn die gesetzgebenden Faktoren der von mehreren Seiten gegebenen Anregung der Streikung oder Abänderung des § 128 der Gewerbeordnung entsprochen hätten.

## Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands

hat ihren Rechenschaftsbericht herausgegeben. Derselbe umfaßt die Zeit vom 1. April 1899 bis 31. Dezember 1900. Bei der Bedeutung, den diese Zentralfstelle für die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat, bringen wir den Bericht mit einigen Auslassungen zur Kenntniß unserer Leser.

Rechenschaftsbericht der Generalkommission vom 1. April 1899 bis zum 31. Dezember 1900.

Bisher ist seitens der Generalkommission, abgesehen von kurzen Berichten, welche dem Gewerkschaftsausschuß regelmäßig erstattet wurden, nur für den Gewerkschaftskongreß ein Bericht gegeben worden. Nunmehr hat die Kommission unter Zustimmung des Gewerkschaftsausschusses beschlossen, alljährlich einen kurzen Bericht und die Abrechnung an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Der diesmalige Bericht erstreckt sich auf die Zeit von 1 1/2 Jahren. Er wird, wie auch die späteren Berichte, nur in kurzen Zügen eine Uebersicht über die wichtigsten Vorkommnisse, an welchen die Generalkommission beteiligt war, sowie die hauptsächlichsten Beschlüsse und getroffenen Maßnahmen schildern.

Von dem letzten Gewerkschaftskongreß ist zwar beschlossen, daß von der Generalkommission ein Jahresbericht herausgegeben werden soll, welcher als Handbuch für alle wichtigen Vorkommnisse im Gewerkschaftsleben von den Gewerkschaftsbeamten, Redakteuren, Rednern, wie von allen Mitgliedern und sonstigen Interessenten benutzt werden kann. Die Herausgabe eines solchen Berichtes soll aber nur erfolgen, wenn der Generalkommission Mittel und Kräfte zur Verfügung stehen. Sie muß unter den gegenwärtigen Verhältnissen noch hinauszugeschieben werden und müssen wir uns vorläufig damit begnügen, in einem kurzen Jahresbericht die wichtigsten Mittheilungen über die Thätigkeit der Generalkommission zu machen.

### Allgemeines.

Auf dem letzten Gewerkschaftskongreß konnte berichtet werden, daß die Mitgliederzahl der Gewerkschaften von 277 659 im Jahre 1891 auf 491 955 im Jahre 1898 gestiegen ist. Auch während der seit dem letzten Gewerkschaftskongreß verstrichenen Zeit ist eine weitere Steigerung der Mitgliederzahl zu verzeichnen. Nach der von der Generalkommission für 1899 aufgenommenen Statistik hatten die gewerkschaftlichen Zentralverbände 580 478 Mitglieder (darunter 19 290 weibliche). Das ist gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme von 89 100 Mitgliedern. Soweit sich zur Zeit eine Uebersicht gewinnen läßt, ist zu konstatiren, daß auch im Jahre 1900 die Zunahme an Mitgliedern angehalten hat, obgleich in einzelnen Gewerben sich eine Verminderung der Arbeitsgelegenheit zeigte, welche, wie die Erfahrung lehrt, mit einem Rückgang in der Zahl der gewerkschaftlich organisirten Arbeiter verbunden zu sein pflegt. Unter der vorausichtlich eintretenden ungünstigen Wirtschaftskongunktur wird es sich erweisen, ob die Gewerkschaften innere Festigkeit genug erlangt haben, um die Mitglieder bei der Organisation zu erhalten.

Am 16. November 1900 waren zehn Jahre verflossen, seitdem die Gewerkschaften sich durch Einsetzung der Generalkommission eine gemeinsame Zentralfstelle geschaffen haben. Anfangs waren nur wenige Organisationen der Kommission angeschlossen, respektive leisteten für diese regelmäßige Beiträge. Von Jahr zu Jahr nahm diese Beitragsleistung zu. Es ergab sich aus dieser Steigerung der Beiträge aber nicht nur die Thatfache, daß die gewerkschaftlichen Zentralverbände sich in größerer Zahl der Generalkommission angeschlossen haben, sondern auch bewiesen, daß die Beitragsleistung in den Gewerkschaften selbst eine regelmäßiger geworden ist. Die an die Generalkommission zu leistenden Quartalsbeiträge (von 1892 bis 1896 5 Pf., von da ab 8 Pf. pro Quartal und Mitglied) werden nicht nach der Zahl der Listenmitglieder, sondern nach der Summe der thatsächlich in den einzelnen Ver-

bänden geleisteten Beiträge berechnet. Die Mehrleistung an Quartalsbeiträgen ist also der Nachweis für eine Stärkung der Finanzkraft der einzelnen Gewerkschaften.

Wie bedeutend sich die Beitragsleistung gesteigert hat, zeigen die folgenden Zahlen. Von 1890 bis 1892 hatte die Generalkommission pro Halbjahr eine Einnahme an Quartalsbeiträgen von 2160 Mk.; von 1892-96 pro Halbjahr 11586 Mk.; von 1896-99 pro Halbjahr 19278 Mk.; im ersten Halbjahr 1900 25277 Mk.; im zweiten Halbjahr 1900 35767 Mk. Heute sind alle auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Verbände der Generalkommission angeschlossen und zahlen regelmäßig ihre Beiträge.

Dieser Einmütigkeit ist es auch zu danken, daß die Agitation gegen das Zuchthausgesetz so erfolgreich betrieben werden konnte, wie geschehen. Es wurden insgesamt zirka 3 500 000 Flugblätter verbreitet und in allen Orten, in welchen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter vorhanden waren, fanden Protestveranstaltungen statt. Infolge dieser Bewegung bereitete der Reichstag, wenn auch erst am 20. November 1899, dem Zuchthausgesetz ein klägliches Ende. Gewiß, die Agitation erforderte eine bedeutende Ausgabe. Es wurden seitens der Generalkommission 28 279 Mk. aufgewandt. Rechnen wir dazu die 5996 Mk., für die gleichfalls dieser Agitation dienende Schrift: „Das Koalitionsrecht in Theorie und Praxis“, sowie die Ausgaben für lokale Agitation, so ergibt sich, daß der Protest gegen die Zuchthausvorlage den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern mindestens 30 000 Mk. gekostet hat.

(Fortsetzung folgt.)

## Agitations-Konferenz der Agitations-Bezirke Provinz Sachsen und Thüringen.

Die Konferenz tagte in Halle a. S. im Restaurant zum „Pelikan“ und wurde 1/12 Uhr Vormittags eröffnet. Anwesend waren als Vertreter des Agitationsbezirks Provinz Sachsen die Kollegen Ahlborn und Kersten-Magdeburg, des Agitationsbezirks Thüringen Koll. Reim-Nüßhausen, des Agitationsbezirks Sachsen-West Garte-Weipzig.

Von den Verwaltungsstellen Magdeburg die Koll. Jörgler und von Sülzer, von Halle a. S. Hauenstein, von Dessau Clemenz und von Eisleben Meißner. Von Koburg war ein Schreiben eingelaufen, daß wegen der hohen Kosten von der Besichtigung der Konferenz abgesehen werden muß. Jena war nicht vertreten und hatte sich auch nicht entschuldigt.

Von Kassel, welches ebenfalls zur Konferenz eingeladen war, ist erst am Montag eine Karte eingetroffen, woraus der Kollege Hübner-Kassel mitteilt, daß sie gern bereit wären, einen Teil von Thüringen dem Agitations-Komitee Dessau-Kassel einzuverleiben, es müßte jedoch erst mit Offenbach und Hannover Rücksprache wegen Abgrenzung der Bezirke genommen werden.

Zur Leitung der Konferenz wurden bestimmt: Sülzer-Magdeburg als Vorsitzender und Hauenstein-Halle als Schriftführer. Alsdann wurde zur Tagesordnung übergegangen, welche lautet:

1. Bericht der Agitations-Komitee's.
2. Situationsbericht der Delegierten.
3. Die Agitation in Thüringen.
4. Wie fördern wir die Agitation in den mittleren Städten am besten?
5. Regelung der Agitationsbezirke und Wahl der Vororte.
6. Allgemeines.

Den Bericht des Agitationsbezirks Prov. Sachsen erstattete Koll. Ahlborn-Magdeburg. Der Bericht liegt in Nr. 4 unserer Zeitung gedruckt vor, und ist deshalb nicht nötig, daß hier nochmals näher darauf eingegangen wird. Es wurde betont, daß in der Provinz Sachsen sehr schwer zu agitieren ist, da man meistens noch mit in Kost und Logie befindlichen Kollegen zu rechnen hat. Den Bericht des Agitations-Komitee's Sachsen-West erstattete Koll. Garte-Weipzig. Er ging zunächst auf den Fall Wörnitz ein, welchem auch zuzuschreiben ist, daß die Filialen Jena, Jülich und Altenburg wieder eingegangen sind. Koll. Reim-Nüßhausen konnte einen Bericht vom Agitations-Komitee Thüringen nicht geben, da Koll. Dönnede die Leitung desselben in der Hand hatte. Hauenstein-Halle vervollständigte kurz den Bericht des Koll. Garte-Weipzig. Koll. Jörgler tabelt hauptsächlich das Verhalten des Koll. Dönnede-Nüßhausen; derselbe hätte wohl auf der letzten Konferenz schöne Worte gebraucht, dieselben aber nicht zu Taten gemacht. Nüßhausen hätte, seitdem es Vorort des Agitations-Komitee's Thüringen sei, hauptsächlich noch nichts geleistet. Die dortigen Kollegen sind für das Eingehen der Filiale Erfurt direkt verantwortlich zu machen. Reim suchte Dönnede zu verteidigen und gab an, wenn Dönnede nicht mehr am Orte wäre, Nüßhausen vielleicht selbst schon längst eingegangen wäre. Es wurde ihm bedeutet, daß er sich und seine eigenen Kollegen sehr gering einschätzt hätte.

Punkt 2. An diesem berichtet zunächst Clemenz-Dessau: Die dortige Filiale hatte sich sehr gut entwickelt, ist jedoch durch die Lohnbewegung etwas zurückgegangen, es besteht jedoch die Aussicht, dieselbe bald wieder emporzubringen. Koll. Jörgler berichtet über Magdeburg. Von 100 daselbst beschäftigten Kollegen sind zur Zeit 110 organisiert.

Das System des Einlassens der Beiträge sowie der öfteren Nachrevision hat sich sehr gut bewährt und hoffen die dortigen Kollegen es soweit zu bringen, daß bald alle Kollegen dem Verbände angehören.

Kollege Hauenstein berichtet über die Verhältnisse in Halle. Die Mitgliederzahl beträgt zur Zeit 27. Die Hallenser Kollegen sind in eine Lohnbewegung eingetreten, näheres siehe Berichte hierüber.

Koll. Meißner berichtet über die Verhältnisse in Eisleben. Am Quartalschluß waren 44 Mitglieder am Ort. Vor Kurzem hatte Herr Dötiger daselbst 29 Kollegen gekündigt, es wurden jedoch nur 18 Mann davon entlassen. Er bedauert, daß dieselben einen Abzug, nicht zurückgewiesen haben. Auch bedauert er, daß Koll. Sassenbach noch keine Antwort ertheilt hatte, weshalb sie nicht wußten, welche Stellung sie dem Abzug gegenüber einnehmen sollten. Koll. Hauenstein tadelt, daß der Zusammenhalt der dortigen Kollegen nicht mehr derart ist, um einen Abzug erfolgreich zurückzuschlagen zu können. Während die Kollegen in anderen Städten auf Durchführung des Berliner Tarifes hinarbeiten, lassen sich die dortigen Kollegen Abzüge ohne Weiteres gefallen. Koll. Meißner giebt dann noch einen Fall an, nach welchem ein dort beschäftigter Kollege D. (Hausarbeiter), welcher durchschnittlich jede Woche 26 Mk. verdient, einige Tage krank war, und deshalb glaubte, die Kollegen auf der Werkstelle müßten für ihn eine Sammlung veranstalten. Da nun dieses nicht geschah, meldete er sich vom Verband ab.

Koll. Reim berichtet, daß in Nüßhausen nur 5 Mitglieder anwesend wären. Viele ältere Kollegen, welche früher dem Verbände angehört hätten, hätten sich zurückgezogen.

Sodann berichtet Koll. Garte über die Leipziger Verhältnisse. Als Vertreter der Filiale Leipzig wäre Koll. Berthold gewählt worden. Derselbe ist jedoch auf der Konferenz nicht erschienen, er (Garte) müßte sich deshalb auf das Notwendigste beschränken. Von zirka 400 ortsanwesenden Kollegen sind ungefähr 140 organisiert. Hauptsächlich die älteren Kollegen, welche der Sattler-Zentral-Krankenkasse angehören, stehen dem Verband feindselig gegenüber und gehören lieber Klim-Vim-Bereinen an. So sind 3 B bei Näbler von 150 daselbst beschäftigten Sattlern nur 40 bis 50 organisiert. Auch die persönlichen Streitigkeiten tragen viel dazu bei, daß es in Leipzig nicht besser werden kann. Die anderen Kollegen waren der Ansicht, daß die Leipziger Kollegen, statt sich mit dem unseligen Streit, Kartell contra Buchbruder-Verband resp. Generalkommission zu beschäftigen, lieber mehr Agitation treiben möchten. Berlin könnte ihnen hierbei als Vorbild dienen.

Darauf wurde in die Diktandenfrage für die einzelnen Delegierten eingetreten. Es soll dies den einzelnen Filialen überlassen bleiben, doch wurde ein Satz von 350 Mk. ohne Fragestellung unter welchen nicht heruntergegangen werden soll. Für den Delegierten von Nüßhausen sind mindestens 5 Mk. ohne Fragestellung anzusetzen.

Punkt 3. Hierzu wird noch einmal das Verhalten des Agitations-Komitee's Thüringen angegriffen, ebenfalls Koll. Sassenbach, daß er nichts unternommen hätte, um den Sitz des Agitations-Komitee's zu verlegen, oder dasselbe, da es sich nicht arbeitsfähig zeigte, aufzulösen. Jörgler stellt hierauf den Antrag, das Agitations-Komitee aufzulösen und der Provinz Sachsen anzugliedern. Der Antrag wurde nach längerer Debatte angenommen. Koll. Reim wurde beauftragt, zu veranlassen, daß das Material sowie die Gelder, welche noch in Nüßhausen sind, nach Magdeburg eingeschickt wird.

Es war mittlerweile 2 Uhr geworden und mußte deshalb wegen Gottesdienst in die Mittagspause eingetreten werden.

Am 3 Uhr wurden die Verhandlungen wieder fortgesetzt. Zu Punkt 4 lag ein Antrag der Filiale Dessau vor, worin der Hauptvorstand ersucht wurde, die Schritte zur Gründung eines Leder-Industrieverbandes in die Wege zu leiten. Dem Koll. Clemenz, welcher den Antrag vertrat, wurde bedeutet, daß derselbe Antrag bereits der vorjährigen Generalversammlung vorgelegen hätte und gegen eine Stimme abgelehnt wurde. Er wurde auch diesmal wieder abgelehnt. Ferner lag ein Antrag Kersten vor, daß zur Förderung der Agitation in den Klein- und Mittelstädten mehr mit den Tapezierern Hand in Hand gearbeitet werden sollte. Dieser Antrag wurde nach längerer Diskussion angenommen. Zu den Ausführungen wurde die Verwunderung ausgesprochen, daß, trotz dem die Generalversammlung beschlossen habe, daß mit den Tapezierern in ein Gegenseitigkeitsverhältnis eingetreten werden soll, vom Hauptvorstand hierzu noch keine Schritte unternommen worden wären. Da die Tapezierer eine bedeutend größere Agitation in kleinen Städten entfalten, ist es vielfach der Fall, daß dort unsere Kollegen dem Tapeziererverbände beitreten und dann, wenn sie in eine größere Stadt kommen und zu unserem Verbände überitreten wollen, ihrer Karenzzeit verlustig geben. Dasselbe ist auch bei den Tapezierern der Fall, welche dem Sattlerverbände angehören. Es müßten unbedingt Mittel und Wege gefunden werden, um den Uebertritt von einem Verbände zum andern zu erleichtern. Es liegt dieses in beiderseitigem Interesse. Außerdem soll darauf hingewirkt werden, daß in Städten unter 50 000 Einwohnern, wo schon eine der beiden Organisationen Fuß gefaßt hat, nicht noch eine zweite Filiale gegründet wird. Dann würden noch verschiedene Städte wie Plauen und Konstanz usw. genannt, woselbst die dort beschäftigten Sattler dem Tapeziererverbände angehören. In

Konstanz hat die Filiale des Tapeziererverbandes 18 Mitglieder, davon sind 13 Sattler. Ferner soll allen Filialen das System des Einkassierens der Beiträge sowie die ständige Bücherkontrolle empfohlen werden. Wo das Einkassieren der Beiträge nicht geschieht, soll mindestens 4 Wochen vor Quartalschluss mit der Bücherkontrolle begonnen werden, damit zur Abrechnung mit der Bücherkontrolle genügend Kollegen zu rechnen ist. Dem Einwande, daß durch das Einkassieren der Beiträge der Versammlungsbefuch ein schlechter würde, wurde treffend erwidert, daß dies nicht der Fall wäre. Die Kollegen kommen desto eher in die Versammlung, da sie dann nicht mehr zu fürchten brauchen, dort wegen Zahlung der Beiträge gemahnt zu werden.

Zu Punkt 5 wurde bedauert, daß nicht ein Vertreter von Kassel anwesend wäre. Zum Sitz des nun verschmolzenen Agitationskomitees Provinz Sachsen und Thüringen wurde Magdeburg bestimmt. Von dort aus soll die ganze Agitation geleitet werden.

Zu Punkt 6 liegt ein Antrag vor, wonach in der Parteipresse auf die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Sattlergewerbe aufmerksam gemacht werden soll. Die Eltern sollen ersucht werden, ihre Söhne, welche die Schule verlassen, nicht Sattler werden zu lassen. Dieser Antrag wurde angenommen.

Sobann berichtet Koll. Hantenstein über den derzeitigen Stand der Lohnbewegung in Halle a. S. Er kritisiert das Verhalten des Koll. Sassenbach, welcher trotz mündlichen und schriftlichen Ersuchens einen Versammlungsbericht sowie die Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Sattler in Halle nicht in Nr. 4 unserer Zeitung gebracht hätte. Die Kollegen in Halle wären dadurch materiell schwer geschädigt. Da auch von allen anderen Kollegen Klagen über den Zentralvorsitzenden vorgebracht wurden, fand eine Resolution Garie, welche Sassenbach ihre Mißbilligung über sein langames Arbeiten ausdrückt, fast einstimmige Annahme. Es wird erwartet, daß derselbe sich in Zukunft mehr um den Verband kümmert.

Ferner soll der Hauptvorstand im Interesse des Verbandes baldigst geeignete Branchenflugblätter herausgeben. Die letzten Flugblätter in Taschenkalenderformat wurden einer vernichtenden Kritik unterzogen.

Es kam noch die Lage der Militäreffektenfattler in Magdeburg zur Sprache. Es wurde bedauert, daß sich dieselben noch nicht zu der Höhe aufgeschwungen hätten wie die Kollegen an anderen Orten, und deshalb an eine Durchführung des Tariffs nicht zu denken sei.

Betreffs derjenigen Filialen, welche wegen Einschickung der Abrechnung gemahnt werden, wurde beschlossen, daß das Agitationskomitee verpflichtet sei, dieselben sofort durch einen befähigten Kollegen der nächsten Filiale revidieren zu lassen.

Weiter wurde beschlossen, womöglich nächstes Jahr wieder eine Agitationskonferenz abzuhalten und wurde Dessau als Vorort in Aussicht genommen.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Die Konferenz wurde vom Koll. Günther um 1/6 Uhr Abends mit einem Hoch auf das fernere Gelingen und Gedeihen unseres Verbandes geschlossen.

## Streiks und Lohnbewegungen.

**Berlin.** Ein Tariffstreik der Militäreffekten-Sattler beschäftigte am Freitag, den 22. Februar, das Einigungsamt des Gewerbegerichts unter dem Vorsitz des Gewerbegerichts-Direktors v. Schulz. Der vorjährige Streik endete belanlich mit der beiderseitigen Anerkennung eines vor dem Einigungsamt festgelegten Alford-Lohntariffs.

Für die jetzt anzufertigende sogenannte „grüne Arbeit“ hatten die Kollegen neue Lohnforderungen gestellt. Die Firma Voh Söhne hatte diese Forderungen auch bewilligt, während die Firmen Wunderlich und Cobau dieselben nicht anerkennen wollten. Die Vertreter dieser beiden Firmen verhandelten deshalb mit den Vertretern der Arbeiter vor dem Einigungsamt. Die beiden Fabrikanten behaupten, die Arbeiter hätten, indem sie für die neuen Ausstattungsgegenstände besondere Forderungen stellten, den Tarif vom vorigen Jahre durchbrochen, die Arbeiter setzten voraus, daß die neue Ausattung, nachdem sie in China auf ihre Brauchbarkeit praktisch geprüft worden, für die ganze preussische Armee eingeführt werden solle, und in der Erwartung großer Aufträge wollten die Arbeiter nun die Preise für die neuen Gegenstände in die Höhe treiben, wodurch nur die auswärtige Konkurrenz begünstigt werde. Wenn das Kriegsinstitut sehe, daß in Berlin schon wieder ein Streik in Aussicht stehe, dann sei zu befürchten, daß es die neue Arbeit auswärts anfertigen lasse und die Berliner Fabrikanten sowohl wie die Arbeiter das Nachsehen hätten. — Die Vertreter der Arbeiter meinen demgegenüber, für die in Frage stehenden neuen Ausstattungsgegenstände sei im Tarif überhaupt nichts festgelegt. Es handle sich ja um ganz neue Artikel, die überdies, weil sie aus grünem Leder angefertigt werden, mehr Arbeit verursachen, wie die entsprechenden Gegenstände aus schwarzem Leder, und deshalb rechtfertige sich auch die Forderung einer verhältnismäßigen Lohnerhöhung. — Die Fabrikanten hatten die vom Kriegsinstitut ausgegebenen Modelle der neuen Ausstattungsgegenstände zur Stelle geschafft und dem Einigungsamt vorgelegt. An diesen

Modellen wurden die Arbeiten der Sattler eingehend beschrieben, damit das Einigungsamt daraufhin die strittigen Forderungen prüfen könne.

Nach stundenlangen Verhandlungen einigten sich die Parteien auf einen spezialisierten Tarif, der den von den Arbeitern gestellten und von der Firma Voh Söhne bewilligten Forderungen entspricht. Weiter verpflichten sich die Firmen A. Wunderlich und Franz Cobau, das Mehr der heut vereinbarten Lohnsätze ebenso wie die Firma Voh Söhne vom 11. Februar an zu zahlen. Der am 17. September v. J. vor dem Einigungsamt festgelegte Tarif wird durch die heutigen Vereinbarungen in keiner Weise berührt; dieselben gelten vielmehr nur für die neuen Ausstattungsgegenstände, welche die genannten beiden Firmen übernommen und bis Mitte März fertig zu stellen haben. Die Arbeiter verpflichten sich, eine Erhöhung der Preise bis zur Beendigung der in Rede stehenden Lieferung nicht zu fordern.

**Berlin I.** (Geschirrsattler.) Am 9. März beschäftigte sich die außerst zahlreich besuchte Mitglieder-Versammlung mit unsere Forderungen. Kollege Hoffmann hatte das Referat übernommen. Er erwähnte, wie eine Anfrage bei dem Obmann der Meister der Geschirrbbranche erst unbeantwortet blieb; auf ein zweites Schreiben kam die Antwort, daß von Seiten der Meister noch nichts gesehen sei und sie erst aus den Zeitungen erfahren hätten, daß die Gehilfen Forderungen stellen wollen. Er machte hierauf den Vorschlag, eine Kommission von 5 Mann zu wählen, was auch von Seiten der Meister gefahren solle, um dann gemeinsam in Verhandlungen treten zu können.

Die Diskussionsredner sind der Meinung, daß es nur eine Verschleppung der ganzen Sache werden soll, indem unsere Forderungen der Innung schon seit Oktober durch den Gesellen-Ausschuß unterbreitet sind. Die Forderungen, welche wohl nicht zu hoch begriffen, sind bei einigem Entgegenkommen durchzuführen; sie sollen am 15. März brieflich zugestellt werden, zur Beantwortung wird eine Frist von 8 Tage gesetzt.

Hierauf folgte eine gut besuchte Versammlung am 14. März, einberufen von der Lohnkommission der Filiale I, die im großen Saale des Gewerkschaftshauses stattfand.

In seinem Vortrag weist Hoffmann die Berechtigung der Forderungen der Geschirrsattler und Sattelmacher nach, die da sind:

1. 9 stündige Arbeitszeit; des Sonnabends ohne Lohnabzug eine Stunde früher Feierabend.
2. Ein Minimallohn von 24 M., für Ausgelernte bis zu einem Jahr 19,50 M.
3. Zu den jetzt gezahlten Löhnen für Lohnarbeiter ein Zuschlag von 15 pCt., für Akkordarbeiter ein Zuschlag durchschnittlich von 20 pCt.
4. Für Ueberstunden ein Zuschlag von 25 pCt.
5. Abschaffung der Heimarbeit.
6. Bezahlung der gesetzlichen Feiertage.
7. Freigabe des 1. Mai.

Eingehend vertritt sich Redner über das Leben und Treiben der Innung. Anstatt sich mit den wichtigsten Fragen, wie die Beseitigung der Schmuggelkonkurrenz, die Lehrlingsausbildung und Arbeiterfragen u. s. w. zu beschäftigen, wird Stunden lang über das nächste Stiftungsfest, über die Feier der Geburtstage und Jubiläen ihrer Mitglieder debattiert, so daß für die wichtigsten Lebensfragen der Innung keine Zeit übrig bleibt. So ist mehrfach vorgekommen, daß der Gesellenausschuß zu Sitzungen der Innung nicht geladen wurde, trotzdem der Vorstand statutarisch verpflichtet ist, den Gesellenausschuß zu solchen Beratungen heranzuziehen, welche ins Gebiet der Arbeitnehmer hineingreifen. Es ist ja auch leicht erklärlich, warum dies nicht geschehen ist, denn es ist für die Herren Arbeitgeber doch wahrlich nicht angenehm, sich stets und ständig von Arbeitern die Wahrheit sagen zu lassen.

Daß unsere Lage verbesserungsbedürftig ist, haben einige Fabrikanten selbst anerkannt, u. A. Herr Aug. Schulze, der auf dem Verbandstage der deutschen Innungen ein Referat hielt, doch anstatt zu dem vernünftigeren Schluss zu kommen, die Löhne der Arbeitnehmer um 20 pCt. zu erhöhen, schlug er den Delegierten vor, einer Erhöhung der Preise auf Sattlerwaren von 20—30 pCt. zuzustimmen, welches auch angenommen wurde, natürlich unter der Begründung, daß die Herstellungskosten, Mieten, Arbeitslöhne u. s. w. von Jahr zu Jahr stiegen. Allerdings von einer Erhöhung der Arbeitslöhne ist noch nichts zu verspüren gewesen.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführung kennzeichnet Redner das Verhalten des Herrn Ohm, des Obmanns der Geschirrbbranche (aus Anlaß unserer Lohnbewegung hat sich die hiesige Innung, nach dem Vorbild unserer Kollegenschaft, nach Branchen organisiert) und schließt mit dem Appell an die Anwesenden, einig zu sein, dann wird auch der Gerechtigkeit der Sieg zufallen.

In der Diskussion treten Charnowsky, Ruschel, Schreiber, Hey-Charlottenburg, Nitschold, Ahmann und Hausmann mit warmen Worten für die Forderungen ein. Sämtliche Redner der Brudersfilialen betonen das Solidaritätsgefühl der Kollegen.

Von den eingeladenen Meistern waren fünf erschienen. Herr von nahm nur Herr Steindorf das Wort und führte aus: Daß er unsere Forderungen voll und ganz unterschreibt. Ein paar Mark mehr, als wir jetzt forderten, hätte er als Gehilfe schon verdient und doch hätte seine Frau mit verdienen müssen. Der Krebschaden in unserem Handwerk läge darin, daß viele Gehilfen

selbständig würden, ohne die notwendigen Baarmittel zu besitzen und dann an den Löhnen der Gehilfen knapsen müßten. Wir, die Arbeitnehmer, sollten nicht denken, daß wir in der Innung eine kompakte Masse vor uns hätten. Die Einigkeit ist nicht so groß und deshalb ist es auch nicht so schwer, die Forderungen durchzubringen. Speziell zur Forderung des 1. Mai bemerkt er, daß es wohl nur wenige Gewerkschaften seien, die diese Forderung noch nicht bewilligt hätten und er rief der Versammlung zu: Sorgen Sie dafür, daß der 1. Mai das wird, was ihm gebührt, der heiligste Feiertag des Proletariats. (Beifall.)

In seinem Schlusswort richtet der Referent die Mahnung an die Anwesenden, müßig und unentwegt für die Durchführung der Forderungen einzutreten und schließt mit den Worten unseres alten Kämpfers Liebknecht:

**„Auf zum Kampf! Auf zum Siege!“**

Einstimmig angenommen wurde folgende Resolution:

„Die heutige, am 14. März 1901, im Gewerkschaftshaus tagende zur besuchte Versammlung erklärt sich mit den aufgestellten Forderungen voll und ganz einverstanden und beauftragt die bestehende Lohnkommission, dieselbe am 15. d. M. den Arbeitgebern zu unterbreiten mit der Maßgabe, daß sie bis zum 23. d. M. beantwortet sein müssen.“

Des Weiteren verpflichten sich die Anwesenden, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für die Durchführung der berechtigten Forderungen einzutreten.“

Der Vorsitzende macht alsdann bekannt, daß am 24. März eine öffentliche Versammlung stattfindet, behufs Feststellung des Resultats der eingelaufenen Antworten und Einleitung weiterer Schritte und schließt dann die Versammlung um 1 1/2 Uhr mit einem begeisterten dreimaligen Hoch auf den Sattler-Verband Deutschlands.

Zu bemerken ist noch, daß bereits zwei große Firmen, Guirmand und Erd, Alles bewilligt haben.

Bei einer Firma ist es bereits vor Ablauf der den Meistern gestellten Frist zur Arbeitsniederlegung gekommen und zwar bei dem englischen Armeelieferanten Gustav Reinhard, Landwehr. 44-45. Herr Reinhard will Herr im eigenen Hause bleiben, die Preise bestimmt er selbst und kein Anderer und auf Unterhandlungen will er sich überhaupt nicht einlassen. Als die Kommission die Forderungen vorlegte, wurde sie brüskel abgewiesen und in Folge dessen legten die dort beschäftigten Kollegen, mit Ausnahme eines Vorarbeiters und eines andern Nach-Kollegen, die Arbeit nieder. Es kommen 18 Streikende in Betracht, darunter verschiedene, die schon ein Jahrzehnt in jener Werkstätte beschäftigt waren. Gerade Herr Reinhard wäre am allerersten im Stande gewesen, unsere Forderungen zu bewilligen, da er sein ganzes Lager bis zum letzten Vordienstag an die Engländer losgeschlagen hat, wofür ihm auch bereits in einer alldeutschen Versammlung gedankt wurde.

Herr Reinhard ist nun aber einer derjenigen Arbeitgeber, denen es im Leben noch nie vorgekommen ist, daß seine Arbeiter sich die Forderung einer Lohnerhöhung erlaubten. Es ist aber wohl nicht anzunehmen, daß Herr Reinhard bei seinen erbärmlichen Löhnerhältnissen Arbeitswillige bekommt und durch die Einmütigkeit der Streikenden die Hartnäckigkeit dieses Herrn gebrochen wird.

Im Uebrigen ist der Stand der Bewegung für uns ein guter, insofern mehrere größere Geschäfte die Forderungen bewilligt haben. Verhandlungen, die am 13. mit einer Kommission der Arbeitgeber geführt wurden, führten zu keinem Resultat, weil wohl die neunstündige Arbeitszeit, nicht aber die geforderte Lohnerhöhung sowie Freigabe des 1. Mai bewilligt wurde.

Ueber die gemachten Zugeständnisse zu beraten, findet am Sonntag, den 24. d. M., eine Versammlung statt. Es ist wohl anzunehmen, daß die Arbeitgeber es nicht auf das Letzte ankommen lassen werden, denn sie würden bei einem Streik in Berlin doch die Fische bezahlen müssen.

**Fortin.** Treibriemensattler. Der Streik bei Schwarz u. Comp. hat nach dreiwöchentlicher Dauer für beendet erklärt werden müssen, da es den Fabrikanten gelungen ist, von hier und besonders von auswärts genügend Ersatzkräfte heranzuschaffen. Wenn es auch minderwertige Kräfte sind, so kann doch der Betrieb damit aufrecht erhalten werden. Es ist dieses eine neue Mahnung an die Kollegen der Treibriemensbranche, für den Ausbau der Organisation zu sorgen.

**Hals.** Unsere Lohnbewegung nimmt einen guten Verlauf. Dieser haben sich 5 Kollegen gemeldet, welche die Arbeit niedergelegt haben. 10 Kollegen sind bereits abgereist. Einigen Kollegen ist bereits die ganze Forderung bewilligt, anderen mit Ausnahme der 10stündigen Arbeitszeit. Wir haben die bestimmte Hoffnung, daß unsere Lohnbewegung mit einem Siege end n wird. Die Kollegen aller Orts werden gebeten, den Zugzug streng fern zu halten.

**Harburg.** Betreffs unserer Lohnbewegung fand am 8. März eine Versammlung mit den Meistern statt. Die Verhandlung verlief aber fast resultatlos. Die Sattler bekamen eine Stunde weniger Arbeitszeit und etwas mehr Lohn bewilligt. Von einem Streik wurde deshalb abgesehen, weil die Einigkeit viel zu wünschen übrig läßt und es im Voraus zu sehen war, daß wir nicht durchkommen. Einige Kollegen meinten sogar, sie wären mit ihrer Lage sehr zufrieden. Die Kapazierer bekamen ebensowenig bewilligt. Da die Fiskale aber fester dasteht, beschloßen sie einstimmig, die Arbeit

niedergulegen, was auch am Montag, den 11. März geschah. Bis jetzt ist die Lage günstig für die Arbeitswilligen haben sich noch nicht gefunden. Unser Bestreben soll es nun sein, sie nach Kräften zu unterstützen.

## Verband der Sattler und verw. Berufsgenossen.

### Schaunmacheung.

Das Mitgliedsbuch von August Veicht, Buch-Nr. 2802, ist verloren gegangen und wird daselbe für ungültig erklärt.

**Der Vorstand.**

J. K. Joh. Sassenbach.

### Abrechnung vom 5. bis 19. März 1901.

Einsendungen von Verwaltungsstellen: Biel 80,—, Berlin II 100,—, Königsberg 80,—, Offenbach 400,—, Berlin III 200,—, Stuttgart 50,—, Sa. 810,— M.  
Aufnahmen von Einzelmitgliedern: P. Legge-Parchim 0,50, A. Raumann-Hebdenit 0,50 M., Sa. 1,— M.  
Beiträge von Einzelmitgliedern: G. Oeljen-Warne 3,—, P. Waberski-Tremmen 1,20, J. Schwärze-Hofstede 2,—, G. Stellmacher-Walente 1,—, G. Wehner-Ronhang 2,—, G. Schäbler-Fischen 2,80, G. Jänemann-Gurbaden 2,—, F. Renner-Sittgenbach 3,20, Vorderer-Ronhang 2,40, K. Thieme-Freiberg 2,80, K. Stieble-Homburg 2,60, H. Wetzel-Rossen 3,—, R. Ritzke-Borna 3,20, P. Uhl-Raußitz 5,—, J. Bolter-Stadensagen 2,—, J. Gläusen-Neufahrt i. S. 3,—, K. Raumann-Hebdenit 1,40, R. Dreick-Brodtsch 1,—, K. Eiding-Queblitzburg 3,20, P. Legge-Parchim 3,— M., Sa. 49,60 M.

Für die im Streik gewesenen Militärsattler Berlins Königsberg 21 M.

Georg Standke, Hauptkassier.

Berlin 80.

Engel-Ufer 15, Gewerkschaftshaus.

### Nachtrag zum Adressen-Verzeichnis.

■ Dresden 11. (Militärsattler.) B. Ernst Siegemund, N. Mühlstr. 17, Hof 111.

K. Härtel.

Wim. Reise-Unterstützung: Gasthof zur Stadt Lindau, Neu-Ulm. (12-1, 7-9.)

### Mitteilungen des Agitations-Komitees.

**Bericht des Agitationskomitees der Provinz Sachsen für das 2. Halbjahr 1900.**

Eine besondere Thätigkeit hat das Komitee in diesem Halbjahre leider nicht zu verzeichnen, da unter den hiesigen Kollegen seit einiger Zeit eine fürchterliche Theilnahmslosigkeit eingetreten ist, welche sehr zum Nachtheile für die hiesigen Verhältnisse (welche ohnehin nicht die besten sind) werden kann.

Der finanzielle Stand des Komitees ist folgender:

Bestand vom 1. Halbjahr 1900	35,80 M.
10 pCt. der Einnahme im 3. Quartal	15,— "
10 pCt. der Einnahme im 4. Quartal	15,90 "
<b>Summa</b>	<b>66,70 M.</b>

Ausgaben im 2. Halbjahr 1900:

Flugblätter laut Rechnung vom 20. August	5,50 M.
Porto zc. laut Quittung vom 1. Oktober	4,49 "
<b>Summa</b>	<b>9,98 M.</b>

#### Bilanç.

1. Einnahme	66,80 M.
2. Ausgabe	9,98 "

**Summa 66,82 M.**

Hermann Karnowski.

Paul Stehela, Hermann Scholz.  
Breslau, den 18. März 1901.

### An die Militärsattler Deutschlands.

Auf der Offenbacher Konferenz ist beschlossen worden, daß wo gemischte Filialen bestehen, die Vertrauensleute ihre Adressen an die Tarifkommission einsenden sollen, damit die Kommission immer eine direkte Verbindung hat mit den Kollegen. Bis jetzt sind aber noch keine Adressen eingelaufen, deshalb ersuchen wir die Vertrauensleute, diesem Beschlusse nachzukommen.

Die Lohnkarten, welche von der Filiale Berlin IV im Oktober 1900 versandt worden sind, haben bekanntlich nur bis zum 1. April 1901 Gültigkeit, deshalb bitten wir die Kollegen, dieselben wieder einzusenden, damit wir neue zuschicken können, und bitten wir zu gleicher Zeit, uns mitzutheilen, wieviel gebraucht werden.

Wir ersuchen die Kollegen, wo noch keine Lokalkasse besteht solche zu gründen, womöglich nach dem Berliner Muster, es

liegt im eigenen Interesse, mit der Gründung nicht so lange zu zögern, denn wir wissen nicht, was uns in nächster Zeit bevorsteht.

Was die Fragebogen zur Statistik betrifft, so wollen wir dieselben jeden Monat versenden und ersuchen wir, diese recht gewissenhaft auszufüllen.

NB. In der vorigen Nr. unserer Zeitung ist ein Druckfehler unterlaufen. Es soll nicht heißen, Paul als 2. Schriftführer in der Tarifkommission, sondern Lau.

J. A.: Ernst Wagner,  
Berlin, Gräferstr. 31.

**Dresden.** Am 5. März fand im Saale des Kolosseum eine gut besuchte Militäreffektensattler-Versammlung statt.

Tagesordnung war folgende: 1. Vortrag des Herrn Rod über „Zweck und Nutzen der Organisation.“ 2. Gründung einer Verwaltungsstelle der Militäreffektensattler für Dresden und Umgebung. 3. Wahl der Vorstandsperson.

Redner schilderte in seinem fesselnden Vortrag Zweck und Nutzen der Organisation.

Infolge der traurigen Verhältnisse der hiesigen Militäreffekten-Industrie sahen sich die Kollegen veranlaßt, eine eigene Verwaltungsstelle für die Militäreffektensattler zu gründen.

Kollege War begründete die Notwendigkeit und wurde nach längerer Debatte einstimmig die Errichtung einer eigenen Verwaltungsstelle beschlossen.

In den Vorstand wurden gewählt:

Siegemund als 1. Vorsitzender	
Flegel	2.
Härtel	Kassierer
Engel	Schriftführer
Müller und Gerke als Beisitzende.	

Im Gewerkschaftlichen sprachen sich mehrere Kollegen über den Rückgang der Preise in der Militäreffektenbranche aus und bezeichneten hauptsächlich als größtes Uebel die Heimarbeit.

Es liegen sich noch mehrere Kollegen in die neugegründete Verwaltungsstelle aufnehmen.

**Sibersfeld.** (Eingelassen am 17. März.) Aufgenommen wurden 5 Kollegen. Kollege Veupelt verliest die Jahresabrechnung.

Danach betrug die

Einnahme	378,42 M.
Ausgabe	865,85 „
bleibt Bestand	207,57 M.

Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 68. Neu eingetreten 32, zugereist 53, zusammen 153 Mitglieder. Ausgeschlossen wurden im Laufe des Jahres 8 Kollegen, abgereist 57, gestorben 1, bleibt Bestand 87 Kollegen. Im Anschluß hieran verliest Kollege Schulz den Jahresbericht des Vorstandes, da Kollege Berrweis in Offenbach zur Konferenz weilt. Dem Vorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt. Es wurde dann zur Neuwahl des gesamten Vorstandes geschritten. Als 1. Vorsitzender wurde Berrweis, als 2. Vorsitzender Segerer, als Kassierer Veupelt, als Schriftführer Beder und als dessen Stellvertreter Holtzhausen, als Bibliothekar Dreifendagen gewählt.

Kollege Lamprecht hielt den Bericht der letzten Gewerkschaftskommissions-Sitzung.

**Essen.** Am Sonntag, den 8. März, fand in Essen eine von der Filiale Wilhelm einberufene öffentliche Sattler-Versammlung statt. Unterstützt wurden wir dabei in lobenswerther Weise durch drei dort arbeitende Kollegen, sowie durch das Essener Kartell, welches die Vorbereitungen für die Versammlung getroffen und uns einen Referenten in der Person des Genossen Ostamp stellte. Der Referent führte in seiner Rede aus, wie gerade die Sattler eine gute Organisation nötig haben, indem dieselben betrefft Lohn- und Arbeitsverhältnisse noch weit zurückstehen. Reicher Beifall wurde ihm für seine Mühe zu Theil. Nachdem sich noch verschiedene Kollegen in diesem Sinne ausgesprochen, wurde die Frage aufgeworfen, ob wir zur Gründung einer Filiale schreiten wollen. Dasselbe mußte leider unterbleiben, da der Besuch der nicht organisierten Kollegen ein sehr schwacher war. Es liegen sich zwei Kollegen aufnehmen. Hierauf Schluß der Versammlung.

In einer weiteren Besprechung mit den anwesenden Kollegen äußerten dieselben den Wunsch, wir möchten in 4 Wochen eine zweite Versammlung veranstalten und versprochen, in kräftiger Weise dafür zu agitieren, daß diese besser besucht würde. Alle waren der Ansicht, daß in Essen eine Filiale zu Stande kommen werde, die auch lebensfähig sei, da sich verschiedene ältere Kollegen dafür interessierten.

**Kaiserslautern.** In unserer Mitgliederversammlung am 9. März 1901 wurde Kollege Dahlemann als Schriftführer gewählt. Beim Punkt Diskussion über den Bericht der Offenbacher Konferenz entspann sich eine lebhaftige Debatte.

Die Versammlung ist mit dem ersten Beschluß der Konferenz voll und ganz einverstanden, doch für den zweiten: Errichtung einer Lokalkasse in Militäreffektensattler-Filialen, kann sich die Mehrzahl der Kollegen, obgleich hier eine Lokalkasse besteht, nicht erwärmen, weil die Errichtung und die Erhaltung derselben, nach der Erläuterung zu § 15 unter Bekanntmachung in Nr. 5 unserer

Zeitung, gleichbedeutend wäre mit einem sogenannten Extrabeitrag, und es doch vielen Kollegen schon schwer fällt, den gewöhnlichen Beitrag zu zahlen.

Auch gaben die Kollegen ihren Unwillen kund, warum gerade die Militäreffektensattler das Vorrecht hätten, mehr zu zahlen, wo doch unsere Divise lautet: gleiches Recht für Alle.

Auch wird das Verhalten unseres Zentralvorsitzenden Kollegen Sassenbach bei dem Ausbruch des Streiks der Berliner Militäreffektensattler gerügt und als Mißgriff bezeichnet, daß unberathete Kollegen, welche doch ebenso gut ihre Beiträge zahlen wie berathete, das Vergnügen hatten, mit zu streiken, aber keine Unterstützung erhielten, zumal doch diese Forderungen gerecht waren. Unser Grundsatz laute: gleiche Pflichten, gleiche Rechte ohne Unterschied.

Unter Verschiedenes kritisiert Kollege Krause die Mangelhaftigkeit unserer Zeitung, sie biete so wenig, daß man sie kaum noch Verbandsorgan nennen kann.

Ferner wird die Lohnkommission beauftragt, bei den Fabrikanten vorstellig zu werden zwecks Erzielung höherer Akkordpreise für den Tornister der Gebrauchsgarnitur, welcher soeben in Arbeit genommen ist.

**Mainz.** In der Mitgliederversammlung vom 9. März wurde die Gründung einer Lokalkasse angenommen und beschlossen, daß den noch nicht unterstützungsberechtigten Kollegen auch eine Unterstützung zu Theil wird. Die Gründung einer Lokalkasse der hiesigen Militäreffektensattler konnte nicht erledigt werden.

**Mannheim.** Die am Donnerstag, den 7. d. M., im „Bremer Eck“ stattgefundene öffentliche Sattlerversammlung ergab durch den Vortrag des Kollegen Maurer aus München einen sehr interessanten Abend.

Das Thema lautete: „Welche Stellung hat ein Sattlergehülfe im wirtschaftlichen Leben einzunehmen.“

Die Versammlung war mit den Ausführungen des Kollegen Maurer im höchsten Maße einverstanden, welches aus der einstimmigen Annahme der vom Kollegen Veicht eingebrachten Resolution hervorhing:

„Die heutige im Bremer Eck tagende öffentliche Sattler-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten vollständig einverstanden, indem sie in der Organisation diejenige Stellung sieht, die ein Sattlergehülfe im wirtschaftlichen Kampfe einzunehmen hat.“

Die mittlerweile gepflogene Diskussion betraf hauptsächlich die Verhältnisse der Sattler Mannheims. Bei den hohen Wohnungs- und Lebensmittelpreisen, wie sie hier herrschen, bei einem statistisch nachgewiesenen Wochenlohn von durchschnittlich 19 M., seien die hiesigen Verhältnisse den anderen Städten gegenüber ziemlich gleich. Besonders wurde das Verhalten der dem Verband fernstehenden Kollegen bei der Firma Röhne und Wulbach, Neffeartilleriesabrik, hier, scharf kritisiert. Sollte es in diesem Geschäft einmal eine andere Wendung geben, so könnte der Verband den Betreffenden sehr nützlich sein. Möge dies bald von den Kollegen der qu. Firma eingesehen werden.

Nachdem Kollege Densler im Namen des Verbands dem Redner für seine Mühe bestens dankte, schloß die leider nur von 27 Mitgliedern besuchte Versammlung um 11 Uhr.

**Wiesbaden.** Am 11. März fand eine öffentliche Sattler-Versammlung statt, welche ziemlich gut besucht war.

Kollege Hoffmann-Berlin hielt einen Vortrag über die Lohnbewegung der Geschirrsattler und Sattelmacher und erwähnte die Erfolge der Militäreffektensattler, Tischner und Koffermacher u., ermahnte die anwesenden Kollegen, doch fest zusammenzuhalten, denn nur durch starke Organisation könne der Sieg unser werden. In der Diskussion sprach Kollege Ditttrich über die Verhältnisse der Dölgischen Werkstatt, wo 33 Kollegen arbeiten und 20 organisiert sind. Das Schriftstück wurde verlesen, welches am 15. d. M. der Firma überreicht wird.

Es folgte Preisauflage sämtlicher Artikel, 9stündige Arbeitszeit, Ausschließen eines Tarifs, Ueberstunden 20 pCt. Zuschlag. Von der Nahrungs-Werkstatt, wo 10 Kollegen arbeiten, war Kollege F. erschienen. Derselbe meinte, mit derartigen Forderungen dürften sie ihrem Chef nicht kommen, er würde lieber die Hände machen. Er für seine Person arbeite auch lieber 9 Stunden, nur 1 Kollege arbeite nothgedrungen bis 10 Uhr Abends. Kollege Mißfeld-Berlin bedauerte die Ausführungen des Kollegen F., welcher doch schon so schön als geworden wäre und immer noch nicht wüßte, wo er seine Interessen wahren könnte.

Nach persönlichen Auseinandersetzungen trat Schluß der bewegten Versammlung ein.

**Strassburg.** Eine öffentliche Sattlerversammlung, in welcher der Kollege G. Maurer aus München über „Das Wirten und Streben des deutschen Sattlerverbandes“ referierte, war von ca. 70—80 Personen, meistens hier beschäftigte Sattlergehülfen, besucht.

Der Referent, welcher sich seiner Aufgabe in packender Weise entledigte, wies unter anderem namentlich darauf hin, daß die schlechte materielle Lage der Sattler Deutschlands im Allgemeinen, sowie im Besonderen auch hier in Strassburg nur darauf zurückzuführen sei, daß die Kollegen zum größten Theil noch dem Verbands fern stehen, oder auch demselben nach kurzer Mitgliedschaft

